

Resolution des Rates der Stadt Rheinbach vom 15. Dezember 2014

Der Rat der Stadt Rheinbach appelliert an:

- die Kommission der Europäischen Union
- das Parlament der Europäischen Union
- die Bundesregierung
- den Deutschen Bundestag
- die Landesregierung NRW,

sich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und des internationalen Dienstleistungsabkommens „Trade in Services Agreement“ (TISA), sowie auch beim bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.

Der Rat der Stadt Rheinbach stellt fest, dass die geplanten Abkommen nach derzeitigem Kenntnisstand auch die kommunale Daseinsvorsorge tangieren sollen.

1. Der Rat der Stadt Rheinbach fordert, dass:
2. die Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit zu führen sind und
3. die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur auf keine Weise – auch nicht durch die Verwendung sogenannter Negativlisten – eingeschränkt werden soll,
4. Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien im Vergleich zum nationalen oder EU-Recht nicht eingeengt werden dürfen,
5. es keine Beschränkungen der Förderung von Sport, Kunst, Kultur und sozialem Engagement durch den Kreistag geben darf,
6. sichergestellt sein muss, dass Rechtsakte des Kreises und seiner Kommunen nicht Gegenstand von Verfahren vor Schiedsgerichten werden können.